

GESCHÄFTSBERICHT 2005

1. Politischer Lagebericht

Unter der Ratspräsidentschaft Luxemburgs beginnt das Jahr für die Europäischen Föderalisten hoffnungsvoll und endet in einer enttäuschenden Warteschleife. Mit der Vorstellung des Airbus A 380 am 20. Januar in Toulouse und der erfolgreichen Entwicklung von Galileo, einem europaeigenen Satelliten gestützten Navigationssystem, wird deutlich, dass die EU mit den USA technologisch mithalten kann, wenn zielgerichtet zusammengearbeitet wird.

Die mit der EU-Erweiterung vom 01. Mai 2004 entstandenen diffusen Ängste verhindern nicht, weitere Erweiterungsschritte zu gehen. So stimmt das Europäische Parlament der Aufnahme von Bulgarien und Rumänien ab 01. Januar 2007 zu, wenn bis dorthin beide Länder die Kopenhagener Kriterien zufriedenstellend erfüllt haben. In der Bevölkerung umstritten ist dagegen der nach schwierigen Verhandlungen am 03. Oktober erfolgte Start der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Die kritischen Diskussionen führen jedoch dazu, dass die in Kopenhagen auch festgelegte Aufnahmefähigkeit der EU mehr in das Blickfeld der politischen Akteure rückt. Ende Juli unterzeichnet die Türkei das Protokoll zur Ausdehnung der Zollunion auf die neuen Mitgliedstaaten und erklärt gleichzeitig, damit das Unionsland Zypern weiterhin nicht anzuerkennen. Dies ist ein seltsamer Vorgang, der wohl noch zu Schwierigkeiten führen wird.

Am 03. Oktober beginnen auch Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. Der westliche Balkan rückt der EU näher. Im November werden mit Serbien-Montenegro Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen ebenso aufgenommen wie mit Bosnien-Herzegowina und Mazedonien erhält den Status eines Beitrittslandes. Mit der Beitrittsperspektive für diese Länder will die EU zur Stabilisierung dieses Raumes beitragen.

Am 12. Mai ratifiziert der Bundestag und zwei Wochen später der Bundesrat mit großer Mehrheit den Europäischen Verfassungsvertrag und wenige Tage danach am 29. Mai lehnen Frankreich in einem Referendum mit 54,68 v. H. bei 70 v. H. Wahlbeteiligung den Vertrag ebenso ab wie drei Tage später die Niederlande mit 63 v. H. bei 60 v. H. Wahlbeteiligung. Dies ist ein schwerer Rückschlag für die europäische Integrationspolitik, der zu einer Krise mit einer von den Regierungschefs verordneten „Denkpause“ führt. Die Luxemburger lassen sich allerdings von der ablehnenden Haltung der Franzosen und Niederländer nicht anstecken und stimmen mit 56 v. H. am 10. Juni mit Ja für die Verfassung. Fünf Tage zuvor schon beschließen die Schweizer in einer Volksabstimmung den Beitritt zum Schengener Abkommen und damit zum Abbau von Personenkontrollen an den Grenzen zur EU. Nachdem am 07. Juli auch Maltas Parlament als vierzehnter Mitgliedstaat die Verfassung annimmt, hat die Mehrheit der Mitgliedstaaten mit einer Mehrheit der Bevölkerung den Vertrag angenommen. Die Frage stellt sich und soll in der „Denkpause“ geklärt werden, wie weiter mit dem Verfassungsvertrag verfahren werden soll.

Trotz der inneren Probleme muss die EU ihre Aufmerksamkeit auch den Nachbarn widmen. Mit der Wahl von Wiktor Juschtschenko zum Präsidenten der Ukraine im Januar rückt die Nachbarschaftspolitik wieder in den Vordergrund und die Flüchtlingsdramen in Ceuta und Melilla lassen nach einer wirksamen Afrikastrategie fragen.

Luxemburgs Ratspräsidentschaft geht mit einem Scheitern der Bemühungen um die Festlegung der finanziellen Vorausschau 2007 bis 2013 zu Ende. Großbritannien, das nun die Ratspräsidentschaft übernimmt, wird für das Scheitern mehrheitlich verantwortlich gemacht, weil es am sog. Britenrabatt festhält. Am Jahresende gelingt dem Europäischen Rat durch entschlossenes Eingreifen von Bundeskanzlerin Merkel, die finanzielle Vorausschau zu beschließen, wobei Merkel im Kompromiss zu Gunsten Polens auf 100 Mio. Euro verzichtet. Dieses Land wählt im September sein neues Parlament mit einer Mehrheit von Konservativen und populistisch-nationalistischen Parteien und bald darauf den Konservativen Lech Kaczynski zum Präsidenten.

Kaum hat Großbritannien die Ratspräsidentschaft übernommen, wird die EU am 07. Juli durch barbarische Terroranschläge in London während des G 8-Gipfels in Gleneagles erschüttert. Als Folge beraten die Justiz- und Innenminister über intensivere Zusammenarbeit. Auf dem Gipfel wird über die notwendige Hilfe für die ärmsten Länder der Welt durch einen Schuldenerlass verhandelt.

Im November erschüttern aufrührerische Unruhen in den Großstadt-banlieues Frankreich. Dadurch rückt nicht nur in Frankreich die Frage nach besseren Integrationsstrategien für Ausländer und Einwanderer verstärkt in den Blickpunkt.

Die am 22. November gewählte Bundeskanzlerin Angela Merkel startet bereits zwei Tage später zu ihren Antrittsbesuchen bei Frankreichs Staatspräsident Chirac und bei der EU-Kommission sowie beim belgischen König. Der darauf vorgesehene Besuch in Polen wird wegen innenpolitischer Schwierigkeiten beim Gastgeber verschoben. Merkel setzt damit Zeichen für einen neuen Umgang mit der Kommission und den kleineren Unionsstaaten.

2. Politische Tätigkeit des Landesverbandes

Die am Jahresanfang bestehende Hoffnung, dass die EU bald über eine für den Bürger verständlichere Verfassungsordnung verfügen wird, darf nach der Ablehnung des Verfassungsvertrages in zwei Unionsstaaten nicht in anhaltende Enttäuschung und schließlich in Resignation umschlagen. Dies ist der Leitgedanke für die politische Arbeit des Landesverbandes, in dessen Mittelpunkt Aufklärung über Inhalt und Ziele des Vertragswerks stehen. Der Landesverband gibt den Europäischen Verfassungsvertrag nicht auf, sondern hält ihn für „eine unabdingbare konstitutionelle Grundlage für die erweiterte Europäische Union“ und macht „diese erst für weitere Aufnahmen von Mitgliedstaaten erweiterungsfähig“. In den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden sieht der Landesvorstand „ernst zu nehmende Warnsignale der Bürger und große Vorbehalte gegenüber der Handlungsfähigkeit und Transparenz der EU“. Es müssen Strategien erarbeitet werden, die das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die EU zurückgewinnen und das Gefühl vermitteln, dass Ängste und Vorbehalte von den politischen Akteuren ernst genommen werden. Künftig sollten notwendige Entscheidungen und Abstimmungen in den Unionsstaaten zum gleichen Zeitpunkt durchgeführt werden, um dem europapolitischen Aspekt stärker Geltung zu verschaffen.

In Verfolgung dieser grundlegenden europapolitischen EntschlieÙung des Landesvorstandes ist ein zweiter Arbeitsschwerpunkt das Verständlichmachen der vollzogenen großen Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten und die Notwendigkeit

weiterer Beitritte von Staaten Südosteuropas und dem westlichen Balkan. Damit verbunden ist die schwierige Frage nach der Entwicklung einer europäischen Identität und die verstärkte Einbeziehung der Bürger in die europäische Politik.

Diese Handlungsmuster münden ein in die vom 51. Bundeskongress formulierten Grundsätze „Jetzt gemeinsam Kurs halten, denn Europa nützt uns“ und „Mehr Europa gemeinsam gestalten“. Diese werden sicher auch die Arbeit des kommenden Jahres beherrschen.

3. Bildungsarbeit

Die unter vorstehender Ziffer 2 angesprochene Informationsarbeit ist zugleich Bildungsarbeit, vornehmlich im Bereich der Erwachsenenbildung. Europäische Jugendbildungsarbeit bleibt im Berichtsjahr ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt.

3.1 Europäischer Wettbewerb

Der 52. Europäische Wettbewerb unter dem Motto „Europa im Wandel – und wir mittendrin!“ wird erneut vom Ministerium für Bildung, Frauen und Jugend und dem Landesverband gemeinsam getragen und finanziert. Mit 13.909 deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmern hat sich der Wettbewerb auf hohem Niveau stabilisiert. Bei unseren polnischen Partnern gibt es eine deutliche Zunahme auf 3.072 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, so dass insgesamt 16.981 Wettbewerbsteilnehmer zu verzeichnen sind. Unter den Bundesländern belegt Rheinland-Pfalz den vierten Platz, wenn die Teilnehmerzahl in Relation zur Gesamtschülerzahl des Landes gesetzt wird. Die vom Landesverband betreute Landesjury ermittelt aus den ihr vorliegenden 3.023 Arbeiten 513 Landespreise. Der große Anteil von 187 1. Landespreisträgern weist auf die hohe Qualität der vorgelegten bildnerischen und schriftlichen Arbeiten hin. Mit einer interessanten Tagesveranstaltung am 24. Mai in Speyer werden die 1. Landespreisträger ausgezeichnet. Auch beim Bundesentscheid ist Rheinland-Pfalz mit 72 Preisen und zwei europäischen Ehrungen erfolgreich.

3.2 Weitere Aktivitäten im Bildungsbereich

Die auf die polnischen Partner entfallenden 79 Landespreise werden vom Geschäftsführenden Vorstandsmitglied Däuwel in öffentlichen Veranstaltungen in Jelenia Góra, Gogolin und Tarnow den Preisträgern überreicht. Mit diesen Veranstaltungen sind Gespräche mit Lehrern über die Weiterführung des Wettbewerbs und die aktuelle Situation in der EU verbunden.

Eine sechstägige Studienfahrt führt 58 Teilnehmer zu einer „Begegnung mit Niederschlesien“, die sich mit dem Transformationsprozess in Polen befasst und erkennen lässt, dass mit der Vergangenheit offener umgegangen wird.

3.3 Zusammenarbeit mit europäischen Bildungseinrichtungen

Nur noch vier fünftägige deutsch-polnische Jugendseminare werden mit der Europäischen Staatsbürger-Akademie durchgeführt. Wegen fehlender Finanzmittel ist die Zusammenarbeit ausgelaufen.

4. Verbandsarbeit

4.1 Landesebene

Die Europa-Union wird durch den Landesverband auf Landesebene repräsentiert. Dazu dient zunehmend die aktuelle Website, die sich eines guten Besuchs erfreut.

4.1.1 Organisationsstruktur

Nach wie vor unterhält der Landesverband 24 Kreisverbände, die mit einer Vielzahl von Aktivitäten an die Öffentlichkeit treten.

4.1.2 Landeskongress

Das Berichtsjahr ist kongressfrei, weil die Landeskongresse in der Regel nur alle zwei Jahre stattfinden.

4.1.3 Landesvorstand

In fünf Sitzungen beschäftigt sich der Landesvorstand eingehend mit der jeweils aktuellen europa- und verbandspolitischen Lage und nimmt dazu gegenüber der Öffentlichkeit und seinen Kreisverbänden Stellung. Vorstandsmitglieder nehmen an Veranstaltungen der Kreisverbände teil und tragen dadurch auch zur innerverbandlichen Kommunikation bei. Erstmals trifft sich der Landesvorstand mit dem Vorstand der Europa-Union Hessen zu einer gemeinsamen Sitzung in Guntersblum zur Beratung gemeinsam interessierender Fragen, auch im Hinblick auf den bevorstehenden Bundeskongress in Potsdam.

4.1.4 Landesgeschäftsstelle

Nach wie vor ist die Landesgeschäftsstelle nur mit einer Halbtagskraft besetzt. Die Buchhaltung wird wie bisher von einer Stundenkraft erledigt. Über elektronische Kommunikation werden nunmehr fast alle Vorstandsmitglieder und Kreisverbände erreicht.

4.1.5 Mitarbeitertagungen

Eine eigene Tagung entfällt aus Kostengründen. Die Kommunikation mit den Kreisverbänden verläuft über fünf mehrseitige Rundschreiben sowie individuellen Briefverkehr und durch die zuvor unter Ziffer 4.1.3 erwähnten Besuche.

4.1.6 Landesspezifische Aktivitäten/Kreisverbände

Mit einer Vielzahl von Veranstaltungen treten die Kreisverbände in der Europawoche an die Öffentlichkeit. Dazu gehören die Auszeichnung der Kreispreisträger. Der Landesverband beschließt die Veranstaltungswochen mit der landeszentralen Auszeichnung der 1. Landespreisträger in Speyer in einer Tagesveranstaltung, zu der ein Besuch des Technik-Museums und des Kaiserdoms gehören.

Die im Zusammenhang mit der Europawahl im Vorjahr hergestellten Flyer werden zu einem den Verband und seine politischen Forderungen darstellenden Werbeflyer weiterentwickelt. Der Flyer wird mit auf den jeweiligen Kreisverband bezogenen Angaben diesen kostenlos zur Verfügung gestellt. Trotz aller Werbebemühungen muss leider festgestellt werden, dass die Abgänge die Zugänge im Mitgliederbestand überwiegen.

4.1.7 Zusammenarbeit mit Landesparlament/Landesregierung/Europaminister

Hervorzuheben ist die unbürokratische und vertrauensvolle Zusammenarbeit bei der Durchführung des Europäischen Wettbewerbs mit dem zuständigen Referat des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend. In diesem Zusammenhang muss auch die Landeszentrale für politische Bildung erwähnt werden, mit der wir gemeinsam vor den Referenden in Frankreich und den Niederlanden eine Tagesveranstaltung zum Thema „Parlamentsbeschluss oder Referendum – Die Ratifizierung des Europäischen Verfassungsvertrags in Deutschland und Frankreich“ in Herxheim durchführen. Bei

den Veranstaltungen in der Europawoche wird mit der Landesvertretung beim Bund und bei der Europäischen Union kooperiert. Landtag und Staatskanzlei unterstützen die Arbeit mit institutioneller Förderung.

Der überparteiliche Verbandscharakter wird auch sichtbar in der Zusammensetzung der Mitglieder der Europa-Union im Landtag: 17 SPD-, 14 CDU-, sechs FDP- Abgeordnete und zwei Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen bekennen sich zur Europa-Union, deren prominenteste Vertreter Ministerpräsident Dr. h. c. Kurt Beck und die Fraktionsvorsitzenden Dr. Christoph Böhr und Werner Kuhn sind. Der Altparlamentarier und Ehrenbürger Europas Dr. Helmut Kohl gehört zu den langjährigen Mitgliedern der Europa-Union. Zu ihr bekennen sich auch 13 Bundestagsabgeordnete, je fünf von der CDU und SPD und drei von der FDP. Die vier rheinland-pfälzischen Europaabgeordneten gehören dem Landesverband als Mitglieder an.

4.1.8 Öffentlichkeitsarbeit

Mit der laufend aktualisierten Website präsentiert sich der Landesverband nach innen und außen. Hinzu kommen die Pressemitteilungen zu politischen Anlässen und überörtlichen Maßnahmen.

4.2 Bundesebene

Am 51. Kongress der Europa-Union Deutschland in Potsdam ist der Landesverband mit 13 Delegierten vertreten. Im Präsidium arbeiten Landesvorsitzender Ernst-Ludwig Göpfert und der stellvertretende Landesvorsitzende Heinz-Wilhelm Schaumann mit. An den Sitzungen des Bundesausschusses nehmen regelmäßig mehrere Landesvorstandsmitglieder als Delegierte teil. Eine Bundesausschusssitzung findet am 07. Mai in Ludwigshafen statt, in der Altbundeskanzler Kohl über Hintergründe und Entwicklung der Europäischen Union spricht.

Der Bundesverband führt in der Berichtszeit mit Unterstützung des Landesverbandes vier eintägige Regionaltagungen in Kleinmaischeid, dem geografischen Mittelpunkt der 25er EU, in Landau, Bitburg und Worms zu unterschiedlichen aktuellen europapolitischen Fragestellungen durch.

4.3 Transnationale Ebene

Grundsätzlich wird die Entwicklung auf der transnationalen Verbandsebene in die Beratungen der Landesvorstandssitzungen einbezogen. Darüber berichten die dem Bundeskomitee angehörenden Mitglieder.

5. Jugendarbeit

Die Jungen Europäischen Föderalisten Rheinland-Pfalz bilden die Jugendorganisation des Landesverbandes und werden von ihm auch finanziell unterstützt. Durch die satzungsmäßige personelle Vernetzung beider Verbände ist ein kontinuierlicher Informationsfluss gewährleistet. Ende des Jahres wählen die JEF mit Felix Schlosser einen neuen Landesvorsitzenden.

6. Landesbeirat

46 Mitgliedsorganisationen und –einrichtungen gehören dem Landesbeirat, der rheinland-pfälzische Sektion der Europäischen Bewegung Deutschland an. Der Landesbeirat ist eine lose Gruppierung, die zu den überregionalen Veranstaltungen und darüber hinaus bei Bedarf eingeladen wird.

7. Schlussbemerkung

Die europäische Integration befindet sich am Jahresende in einer Warteschleife und die Föderalisten stehen vor neue Herausforderungen. Die Europa-Union kann also nicht beruhigt der weiteren Entwicklung zuschauen, sondern muss engagiert versuchen, gestaltend auf sie Einfluss zu nehmen. Deshalb wird jeder Leser eingeladen, aktiv in der Europa-Union mitzuarbeiten. Allen, die die Europa-Union auf Kreis- und Landesebene ehrenamtlich durch aktive Arbeit unterstützt haben, wird ebenso herzlich gedankt wie den pünktlichen Beitragszahlern, den Sponsoren und der Landesregierung für die institutionelle Förderung.